

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

91 (17.4.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablosen oder am Postkassettensystem monatlich 1,80 M., vierteljährlich 3,90 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-5 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 S., zuzügl. 50% Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestich 50 vortm. für größtenteils. Aufträge n. n. m. juvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Co., Karlsruhe.

Zur Sozialisierung der Schwerindustrie.

Von Dr. J. P. Busch, Heidelberg.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Arbeiterräte, die kürzlich in Weimar stattfanden, haben erfreuliche Ergebnisse für einen Aufbau unseres Wirtschaftslebens gebracht. Es ist dringend zu wünschen, daß diese ersten Vorstöße einer sozialistischen Wirtschaftspolitik bald in die Tat umgesetzt werden, denn nur so können wir einem völligen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens entgegen. Aus dem Verlauf der Verhandlungen spricht vornehmlich die Einsicht der Regierung wie der Arbeiterräte, daß es nicht damit getan sein kann, einfach den Kapitalismus zusammenzuschlagen und daß es unmöglich ist, ohne die Grundlage hochentwickelter kapitalistischer Wirtschaft ein sozialistisches Wirtschaftssystem aufzubauen. Im Interesse des gesamten Volkes und besonders der arbeitenden Bevölkerung liegt es, den Gang unseres Wirtschaftslebens ungestört aufrecht zu erhalten. Hier einmal in das komplizierte Gefüge unserer Industrie hineinzuwirken hat, weiß, daß auch der geringste gewaltsame und unbedachte Eingriff von schwerem Schaden für die arbeitende und konsumierende Gesamtheit sein muß.

Die Industrie sozialisieren heißt: die Betriebe so organisieren, daß die Bestimmung über Art und Umfang der Gütererzeugung, die Festsetzung der Arbeitsbedingungen und die Verteilung des Arbeitsproduktes und des Arbeitslohnes nicht mehr ausschließlich in der Hand eines kapitalistischen Unternehmers liegt, sondern Sache aller mit ihrer Arbeit am Betrieb beteiligten Personen und darüber der Gesamtheit ist. Das also — wie Kautsky in seinem sozialistischen Aktionsprogramm so treffend sagt — dem Objekt Arbeiter nicht mehr das Subjekt Unternehmer gegenübertritt, sondern dem freien Arbeiter die Gesellschaft, deren Glied er ist. Für eine solche konstitutionelle Verfassung der Wirtschaft, in der der Arbeiter endlich zum Herrn über sein Berufsamt geworden ist, sind in diesem einzigen organisierten Vorhaben unerschöpfliche Möglichkeiten. Die gemeinschaftliche Regelung der Produktion muß erleichtert werden durch vorbereitenden Großbetrieb im Einzelunternehmen, während die Auswärtigkeit des Absatzes einer Vorbereitung in Kartellen und Syndikaten bedarf. Schon in der rein privatwirtschaftlichen Wirtschaft war im modernen Großbetrieb die persönliche Initiative des Unternehmers eingeschränkt durch die Mitwirkung eines kollektiven Direktoriums. Es wird nicht sehr schwer fallen, in diesem Organismus die Alleinherrenschaft des Kapitals durch die Einsetzung aller am Arbeitsprozeß beteiligten Faktoren zu erleichtern.

In diesem Sinne scheint auch der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Verneinung der konzentrierten Eisen- und Stahlindustrie gefordert zu haben. Wenn man von den beiden oben erwähnten Voraussetzungen ausgeht, so sind die äußeren produktions-technischen Bedingungen für eine Verneinung der Schwerindustrie fast reiflos erfüllt. Mit ganz geringen Ausnahmen auf den letzten Produktionsstufen steht die Herstellung der Eisen- und Stahlereignisse fast ausschließlich im Großbetrieb vor sich. Auch ist die gemeinschaftliche Regelung von Produktion und Absatz durch Kartelle und Syndikate wohl in seinem Wirtschaftszweige so ausgebreitet als gerade in der Schwerindustrie. Besonders die untersten Produktionsstufen, die Herstellung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, sind fast ausschließlich in drei großen Verbänden zusammengefaßt. Der Boden für eine Sozialisierung ist also gegeben. Für die meisten Erzeugnisse, die bisher schon kartelliert waren, ist zunächst eine Ausdehnung der Verbände auf sämtliche der betreffenden Produktionsstufen anzuordnen. Unternehmungen zu fordern und darüber hinaus die staatliche Zwangssozialisierung für die gesamte Eisen- und Stahlindustrie. Das ist nach keine Sozialisierung, aber die Voraussetzung dazu. Freilich bedarf die alte Form der Kartelle durchgreifender Reformen. An Stelle des rein privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens muß der Grundgedanke sozialer Gerechtigkeit treten, der jedem Arbeitenden den vollen Ertrag seiner Arbeit sichert.

Zur Durchführung der Sozialisierungspläne ist die Errichtung von Arbeiterbetriebsräten als dauernder Einrichtung vorgeplant worden. Es ist selbstverständlich, daß auf alle die Arbeitsbedingungen betreffenden Fragen, soweit sie nicht gesetzlich geregelt sind, die Mitwirkung der Arbeiterbetriebsräte von größtem Gewicht bleiben muß. Durch die neubegründete Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll den Arbeitern ein gewisser Einfluß auf die Regelung der Produktion und der Verteilung zufließen werden. Darüber hinaus wäre geradezu eine Kontrolle der Betriebsräte über die Produktion und ihren Ertrag, wie er im Reingewinn in Erscheinung tritt, zu fordern, um die Gemeinbesitznahme des Arbeiters am Reinertrag zu fundieren. Mit Rücksicht auf die ungeheuren Summen, die zur Deckung unserer Schuldenlast erforderlich sind, muß auch der Staat am Ertrag der Industrie beteiligt werden. Dabei würde es sich empfehlen, dem Staat einen gewissen prozentualen Anteil am Reingewinn zu überlassen, da auf diese Weise die Gefahr der Steuerüberwälzung auf den Verbraucher am besten zu vermeiden ist.

Der Vorstufe einer Sozialisierung der Schwerindustrie in Gestalt der Arbeitsgemeinschaft von Unternehmer und Arbeiter dürfte immer mehr das erste Stadium einer Sozialisierung der Wirtschaft durch die gesetzliche Verankerung der Arbeiterbetriebsräte als Mitbestimmungs- und Kontrollinstanzen auf dem Fuße folgen. Auf diesem geraden Wege wird sich der ganze Prozeß der Verwirklichung der Produktionsmittel ohne katastrophale Störung der Produktivität der Arbeit vollziehen. Auf diesem Wege wird der urchenprivatwirtschaftliche Preiswucher der Schwerindustrie endgültig unmöglich gemacht.

Die Lage in Bayern.

Nürnberg, 16. April. Die Achtstundenausgabe der „Bayer. Volkszeitung“ meldet aus Bamberg: Gegen München sind jetzt alle verfügbaren Truppen, besonders aus Regensburg und Ingolstadt, in Bewegung gesetzt, nachdem ein Handreich wegen zu geringer Kräfte mißlungen war. Der Angriff soll von Dachaun aus beginnen und von einem bekannten bayerischen General geleitet werden. Sämtliche moderne Kampfmittel stehen den Truppen zur Verfügung. Es wird sich schließlich nicht umgehen lassen, preußische Truppen oder die des Freikorps Epp zu Hilfe zu rufen.

München, 17. April. Die „Bayerische Volkszeitung“ schreibt: Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, sind bereits preussische Truppen zum Anmarsch nach Bamberg bereit. Die rote Garde hat bei Maaß die Schienen auf der Strecke Ingolstadt-München aufgerissen. Die Münchener Anarchistenführer Ruchsau, Vandauer und Wadler wurden ins Justizhaus gebracht bei Bamberg gebracht. Aus Würzburg wurden Sauber und Segemeister ebenfalls dorthin gebracht.

Augsburg, 16. April. Der „Bayer. Post- und Fernsprechbericht“ nach München ist heute wieder unterbrochen. Jeder Versuch, nach München zu gelangen, ist mit Lebensgefahr verbunden, da die dortigen Wächter alle Verkehrswege besetzt halten und niemand in die Stadt hinein, noch jemand aus München herauslassen. Die Poststrecke zwischen Augsburg und dem anderen Bayern dauert aus politischen Gründen an. Auch der Telephon- und Telegraphenverkehr ist eingestellt. Die Züge nach Norden verkehren nur bis Vödenfels.

Augsburg, 16. April. Die Spartakisten haben bis vor die Tore Münchens Feldwagen ausgestellt und Schüsse in die Luft geschossen, in die sie Maschinengewehre eingebaut haben. Trotzdem ist es den Regierungstruppen gelungen, mit starker Artillerie bereits bis Dachaun zu gelangen.

Streikbewegung.

Danzig, 16. April. Heute früh sind die in den hiesigen Gastwirtschaften angestellten Kellner, Köche, Hausdiener, Küchenmädchen usw. in den Ausstand getreten, weil die Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen nach festen Bezügen bei gleichzeitiger Abschaffung der Trinkgelder von den Arbeitgeberorganisationen abgelehnt worden waren.

Breslau, 16. April. Eine Verammlung der Bankangestellten der Breslauer Bankfirmen beschloß gestern mit 615 gegen 250 Stimmen in den Streik einzutreten.

Berlin, 16. April. Am heutigen Vormittag arbeiteten, ausgenommen die Metallindustrie und das Bankgewerbe, die Angestellten noch in allen Branchen, in denen die Unternehmer das Mitbestimmungsrecht nicht bewilligt haben, dagegen ist der größte Teil der Angestellten der Branchen ausständig, in denen getrieben das Mitbestimmungsrecht in dem gleichen Umfang zugesagt worden ist, wie in den Brauereien. Hauptächlich streiken die Angestellten der Berliner Speziallebkuchen- und Warenhäuser. Der Generalausstand ist noch nirgend in Erscheinung getreten.

Witten, 16. April. Der Streik der Beamten der hiesigen Anilin- und Sodafabrik ist gestern nachmittag beendet worden. Die Arbeit wird heute früh wieder aufgenommen.

Düsseldorf, 16. April. Der Straßenbahnverkehr wird morgen wieder aufgenommen. Die Forderungen des Personals auf Lohnerböschung und Streifenabschreibungen wurden nicht bewilligt. Der Generalstreik steht vor dem Ausbruch. Nachdem Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke den Betrieb wieder aufgenommen, wurde heute bereits wieder in vielen Betrieben gearbeitet.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Essen, 16. April. Die Zahl der Streikenden in der heutigen Frühstunde hat um etwa 10 000 abgenommen, so daß gegen den Höchststand ein Rückgang von 50 000 zu verzeichnen ist. Es streiken 117 944 gegen 126 629 gestern. Die Gesamtzahl der Ausständigen in den heutigen drei Schichten vermindert sich die 283 141 am Montag. In allen drei Schichten vermindert sich die Zahl der Ausständigen im Vergleich zum Höchststand um 75 000.

Essen a. d. R., 16. April. Bei der Mittagsstunde verminderte sich die Zahl der Streikenden abermals um über 1200. Sie beträgt 86 030 gegen 87 271 bei der getriggen Mittagsstunde. Insgesamt wird auf 63 Schichtanlagen wieder voll gearbeitet. Von wegzurenen Reden wird gemeldet, daß die Arbeit morgen früh wieder aufgenommen werden soll.

Generalstreik in Bremen.

Bremen, 16. April. In einer gestern abend hier abgehaltenen Versammlung, in welcher Hauptmann v. Weersfelde sprach, verlas der Vorsitzende der Versammlung eine Bekanntmachung des Vier Rates, der von 12 Uhr nachts ab den allgemeinen Ausstand erklärt. Die Arbeiter der großen Werke, Aktiengesellschaft Weser, Hamia-Lochwerke, sind heute morgen der Arbeit ferngeblieben, während bei der Maschinenfabrik Franke um 9 Uhr ein Teil der Arbeiter das Werk verließ. Der größte Teil der Straßenbahner hat sich dem Ausstande angeschlossen. Das Gas- und Wasserwerk arbeiten weiter.

Berlin, 16. April. In Bremen machte die Lebensmittelkommission bekannt, daß wegen der Streiks die für Samstag be-

absichtigte Verteilung von Kartoffeln und Mehl nicht erfolgen könne. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ erklärt der Kapitän des amerikanischen Dampfers „Franklin“, sofort wieder abfahren zu wollen. Darauf siehe in kurzer Zeit eine organisierte Hilfsbewegung aus bürgerlichen Kreisen ein. Mehr als 100 Personen, darunter zahlreiche Akademiker, machten sich an die Entladung des Dampfers. Die Aktion steht unter militärischem Schutz. Der Hafen ist militärisch besetzt.

Die große Hoffnung der Franzosen.

Paris, 16. April. Der Budgetausdruck der Kammer nahm einstimmig die an Clemenceau gerichtete Entschlieung an, in der der Ausbruch die Regierung auf die schwierige Lage aufmerksam macht. Es heißt darin, daß die jährlichen Ausgaben Frankreichs in Zukunft nicht unter 22 Milliarden Franken bleiben würden. Der Ausbruch betrachtet es daher als eine Forderung elementarer Gerechtigkeit, von Feinde die Zahlung der vollen Kriegsschulden zu verlangen.

Unruhen in Mailand.

Bern, 16. April. Im Verlaufe des Mailänder Proteststreiks kam es zu blutigen Zusammenstößen. Ein Zug von Gegenemonstranten stieß auf dem Domplatz mit einem Zug sozialistischer Manifestanten zusammen, der unter Voranrang roter Fahnen revolutionäre Lieder sang. Im Handgemenge wurde ein Mann getötet und viele verwundet. Die Gegenemonstranten begaben sich darauf vor das Gebäude des „Avanti“, durchdrangen das Truppenfordon und demolierten, was sie nur demolieren konnten. Ein Soldat wurde hierbei getötet, viele verwundet. Die Büroräume des „Avanti“ sind zerstört. Die Mailänder Häuser sind nicht erlöschten. Aus Berichten der französischen Presse geht hervor, daß die Mailänder Unruhen an ihrem letzten Tage vier Tote und etwa 60 Verwundete gefordert haben.

Der erste Transport der polnischen Armee.

Berlin, 16. April. Gestern hat der erste Truppentransport der Armee Haller in Stärke von 8000 Mann den Frankfurter Südbahnhof auf dem Wege nach Polen passiert. Weitere Transporte werden in den nächsten Tagen erwartet. Der Personenverkehr erfuhr vom Freitag bis Dienstag weitestgehende Einschränkungen.

Preußen und Polen.

Berlin, 16. April. In einem an die preussische Staatsregierung gerichteten Telegramm hat der Oberste polnische Volksrat in Posen Klage darüber geführt, daß die Polen jenseits der Demarkationslinie in Massen interniert, schlecht behandelt und zu schweren Strafen wegen der nationalen Heberzeugung verurteilt würden. Es sei daher als Gegenmaßregel eine Anzahl deutscher Bürger interniert. Weitere Verhandlungen werden in Aussicht gestellt. Die preussische Regierung hat in einem Punkt diese Anschuldigung als jeder Grundlage entbehrend zurückgewiesen und erklärt, daß Strafen durch die ordentlichen Gerichte für Vergehen oder Verbrechen verhängt würden. Eine freie Betätigung in nationalpolnischen Sinne könne allerdings nicht zugelassen werden, solange die Deutschen an einer freien Ausübung ihrer Rechte in den besetzten Teilen Polens gehindert würden. Dagegen sei in Oberschlesien neben der deutschen auch die polnische Sprache mäßig zur Einführung gelangt, alle Ausnahmemaßnahmen aufgehoben, die Gesetzmäßigkeit längst verlassen. Zum Schluß verlangt die preussische Regierung Freilassung der deutschen Weisen bis zum 17. April, andernfalls werde sie schärfste Gegenmaßnahmen ergreifen.

Danzig, 16. April. Auf einen Bericht über die großen deutschen Kundgebungen gegen die polnischen Ansprüche auf Danzig und Westpreußen ist von der Reichsregierung folgendes, von dem Reichsminister Erzberger unterzeichnete Telegramm beim Generalkommandanten des Armeekorps 17 eingegangen: Die deutsche Regierung hat die 14 Punkte Wilsons angenommen und wird nur auf dieser Basis unter Ablehnung aller Versuche von darüber hinausgehenden Uebergriffen verhandeln. Die Reichsregierung wird alles Erdenkliche tun, um den deutschen Besitz ungeschmälert zu erhalten. Was deutsch ist muß deutsch bleiben. (gez.) Reichsminister Erzberger.

Der Basler badiische Bahnhof.

Bern, 16. April. Wie das „Journal de Geneve“ erfährt, hat sich die deutsche Regierung mit der Wiedereröffnung des badiischen Bahnhofes in Basel nicht einverstanden erklärt, weil durch diese direkte Zugverbindung die deutsche Kontrolle über den Ausfuhrschmuggel von Banknoten und Wertpapieren unmöglich gemacht werde. Nach den Informationen des Genfer Blattes werden sich die Schweizer Interessentenkreise mit diesem Bescheid der deutschen Regierung nicht zufrieden geben und beantragen, daß Deutschland die Kontrolle der Reisenden schon vor der Ankunft der Züge auf Schweizer Gebiet verneimen soll.

Kleine Nachrichten.

Miel, 16. April. Heute vormittag 11 Uhr ereignete sich in Munitionsdepot Dietrichsdorf bei Miel anscheinend bei Unachtsamkeit von Munition eine heftige Explosion. Die anliegenden Häuser wurden vollständig zerstört und in weiter Umgebung alle Fenstererdboden zertrümmert. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen mehrere Personen getötet und etwa 40 bis 50 verletzt sein. Einzelheiten fehlen noch.

Miel, 16. April. Bei dem heutigen Munitionsunglück in Miel-Dietrichsdorf wurden über 100 Personen zum Teil durch Glas splitter und 10 Personen schwer verletzt. Ein Oberfeuerwerker ist tot. Der Sachschaden ist sehr groß.

Weiteres Sinken der Wäuta. Aus Konstanz wird gemeldet, daß der deutsche Kurs sank in der Schweiz auf 37, die deutsch-schweizerische Krone auf 171.

Die Osterbotschaft des Reichspräsidenten.

Weimar, 15. April. Reichspräsident Ebert hat an die Nationalversammlung folgende Osterbotschaft gerichtet:

Die Nationalversammlung als die berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und der Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. Ich begrüße diese Kundgebung als das Bekenntnis des unbegleiteten Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll und daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundgedanken der Verständigung dauernd zu beobachten. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein.

Nationalversammlung und Reichsregierung arbeiten mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgaben, Frieden, Arbeit und Brot und eine neue Staatsform für ein armes Volk zu schaffen. Die Aufgabe ist schwer zu erfüllen, da diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühl des Väterbisses und der Rache beherrschen lassen und durch Hungerplünderung und drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben.

Bereits vor fünf Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlage für einen Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir haben die schweren Aufgaben des Waffenstillstandes erfüllt, unser Heer aufgelöst, die feindlichen Kriegsgefangenen herausgegeben, aber immer noch wird uns der Friede vorenthalten. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende werden wir durch die Plünderung immer noch abgepresst, werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges und eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns, für das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies müssen sich unsere Gegner in zwölfster Stunde vor Augen halten.

Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampfe verharren, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftssystem vollständig zu vernichten droht. Wohl ist viel gekämpft worden am deutschen Volke in vier schweren Kriegsjahren, darum ist unsere erste Pflicht, zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschewürdigkeit ist keine Entlastung für eine handballführende Unruhestifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu stören trachten.

Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volkstaat. Den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bevölkerung soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatswesens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Minorität des Proletarats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren.

Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen. Aber sinnlos politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Bereinigung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten.

Schleuniger Friede nach außen, stützend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Frieden und Arbeit im Innern. Darum wende ich mich in dieser ersten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: Laßt ab von der Selbstzerfleischung! und bitte Euch: Tut die Augen auf vor dem Unglück! Arbeit!

Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich: Wollen Sie auch kommen während der Pause die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Frieden und Arbeit. Unser Vaterland, unser neues Deutschland darf nicht aufgegeben werden!

Erwerb des badischen Staatsbürgerrechts

Karfreitag.

Von Harter L. Stelk.

Der Propheten ist von Natur misstrauisch. Meist hat er eine harte Entwicklung hinter sich, bei der er die Menschen gründlich kennen lernte. Wie oft ist er auf ein freundliches Gesicht und glatte, schmeicheleiche Worte „hereingefallen“. Zu spät hat er gemerkt, daß alle diese liebevollen Neigungen bloß Mittel zum Zweck, ihn auszunutzen und auszubeuten waren. Deshalb ist seine Lehre: die Menschen kennen, heißt den Neuren nicht trauen. Und ein Erkennungszeichen kann eigentlich nie trügen. Es ist das Opfer. Das Opfer ist der höchste des Herzens hineinempfunden. Vor dem Opfer müssen die Menschen bekennen, die einen welchen nach rechts, die andern nach links aus, und nur der Getreue schreitet hindurch durch die enge Pforte. Die Opferart kann deshalb auch allein das mit hienem Nipeln verlockende Tor zum Herzen des Propheten öffnen, und dem Opfernden schenkt der Gott arabischische Lohnarbeiter ohne jede weitere Verhandlung sein volles und ganzes Vertrauen.

Vor vielen Jahrhunderten ist einmal einer über diese Erde gezogen, der vorgab, nichts als Liebe zu sein; ja er wollte nicht nur menschliche Liebe, sondern sogar göttliche Liebe sein. Er heißt Jesus von Nazareth. Er hat sich der Kranken, die damals auf der Straße lagen, angenommen, er hat gegen den Mamon angeknüpft und die Reichen vor ihren ungerathenen Schätzen gewarnt, er hat dem gedrückten Volk einen neuen Zukunftsaussicht der Liebe prophezeit und sich mitten unter die Gedächtnis und Schuldbeladen seiner Zeit gemischt. Aller Ansehen spricht dafür, daß er es wirklich gut meinte mit seinen Brüdern. Aber wie viele gutmütige Förderer und edle Idealisten hat es schon gegeben, die dem armen Volke die Errettung versprochen, die aber in der Stunde der Entscheidung doch versagten, weil ihnen der Mannesmut und die Manneskraft zum Opfer fehlte! Gehört Jesus auch auf diese Reihe, oder war seine Liebe von echter Art? Diese Frage des Misstrauens könnte Jesus nie ganz lösen, wenn der Karfreitag nicht gekommen wäre. Da aber hat er gezeigt, daß es ihm im wahren Sinne des Wortes kein blutiger Ernst mit seiner Liebe war. Der Amoralismus des römischen Reiches, verfocht

Rätekongreß.

Berlin, 13. April.

Der Rätekongreß begann seine heutige Tagung mit einem Protest des Abstiegs über den Akt der Lynchjustiz, der an dem polnischen Kriegsminister verübt worden ist. Er appelliert an die westliche Bevölkerung Deutschlands, dafür zu sorgen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats nicht durch solche Missetaten besudelt werde. — Dann wurde die gestrige Debatte fortgesetzt.

In der von der S. P. D. Ein Zweikammerregiment würde eine Verteuerung der Verwaltung und auch eine Verlangsamung der Arbeit zur Folge haben. Wenn aber dadurch eine Einigung der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen sei, so müßten diese Bedenken zurückgestellt werden. Redner empfiehlt, die vorliegenden Anträge dem neu zu wählenden Zentralrat zu überweisen. — Siebers (U. S. P.) verteidigt den Antrag seiner Fraktion. Es sei falsch, anzunehmen, daß die U. S. P. den Arbeiterräten nur eine beaufsichtigende Tätigkeit zuweisen will. Die Arbeiterräte sollen selbstständig aufbauen und mitarbeiten.

Büchel (S. P. D.) verlangt als Aufgabe der Kongresse, daß sie den Arbeiterräten auch die politische Macht zu geben, gehe nicht an. — Gerlein (U. S. P.): In wenigen Wochen wird die Entwicklung über Sie und Ihren jetzigen Antrag hinwegschreiten. Wollen Sie eine ruhige und friedliche Entwicklung, so stellen Sie sich auf zum Ziele Ihres Antrags. — Lauterbach (S. P. D.): Die Wege der Kommunisten föhnen die Diktatur des Proletariats, die wir als Sozialisten unbedingt ablehnen. Auch in dem Antrag der S. P. D. haben wir das Zweikammerregiment abgelehnt. Es einfacher der Aufbau des Räteprinzips ist, desto vorteilhafter und von längerer Dauer wird er sein.

Räumig (U. S. P.) protestiert gegen die Behauptung, daß eine Diktatur des Proletariats beachtlich sei. Das Gend und ieres Landes kann nicht durch Parlamentsbeschlüsse beseitigt werden. Nur eine Mitarbeit der Massen kann uns aus diesem Chaos herausführen. Wir bedauern tief das ungeschickliche vergossene Blut, das schon geflossen ist und die Leberarbeit toll gewordenen Funktionäre, die nach russischem Muster sozialisieren wollten. Die Arbeiter wollen von diesem Kongreß die Gewißheit, daß wir für ihre Forderungen und Räte wahres Verständnis zeigen. Dazu gehört auch, daß die Inflation über den Rätegedanken durch eine großzügige Propagandaaktivität der Regierung beseitigt wird.

Gehen (Zentralrat): Der Antrag der S. P. D. wurde von allen Seiten abgelehnt. Am wenigsten Entgegenkommen aber fand er bei der Regierung. Wir glauben, da dieser Gedanke das deutsche Volk wieder auf die Beine stellen kann. Eine Diktatur des Proletariats lehnen wir, als mit den Prinzipien der Demokratie nicht vereinbar, ab. Die Diktatur hat den Terror zur Folge. Vom zweiten Rätekongreß aber soll man sagen, daß er den geistlichen Knoten zerlöste und das Volk aus der tiefsten Dunkelheit zur Arbeit und Ordnung führte und ihm einen Weg zeigte, an dessen Ende die Freiheit steht.

Minister Wüstel erklärte im Namen der Regierung auf eine Anfrage, daß ihm von einer offenen Forderung der Entente bezüglich der Auflösung der Arbeiterräte im besetzten Gebiet nichts bekannt sei.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der sozialistischen Fraktion und ein Zusatzantrag, bis zur Neuordnung der Arbeiterräte die bestehenden Räte beizubehalten und auch ihre Funktionen festzusetzen, mit allen Stimmen gegen fünf Demokraten angenommen.

Am Mittelpunkt der Sitzung vom 14. April, der letzten der Tagung, stand ein von Frau Kautsky als Vertreterin des erkrankten Gatten vertretener Vortrag von Karl Kautsky über die Probleme der Sozialisierung, der in behutsamer Abwägung aller Einzelumstände zu einer Verurteilung der russischen Methode überlegten sozialistischen Handelns kommt und dementsprechend auch vor der „Sozialisierung des Westens“ warnt, als die ihm die Politik der deutschen Ultra erscheint. Auf ihn vor allem die Wiedervereinigung des Proletariats unter dem Banner der Sozialisierung. Unter dem Gesichtspunkt dieser Forderung verbiete die heutige Regierung kein Vertrauen. Die Rede löste eine lebhaft Diskussion aus, an der sich u. a. auch Reichswirtschaftsminister Wüstel beteiligte.

Ein von den Unabhängigen eingebrachter Antrag, der sich gegen die auswärtige Politik der Regierung, insbesondere auch gegen Erzberger, wendet und sofortige Veröffentlichung des Altmaterials über die Vorgeschichte des Krieges fordert, wurde angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, nach dem ein Teil der Mitglieder der Friedenskommission, in erster Linie Dr. David, abberufen werden sollte.

Nach der Abstimmung, in die die ungetriebene hohen Mandatsträger der Unabhängigen Abwechslung und Erregung hineinbrachten, erhielt der neue Zentralrat schließlich folgende

Zusammenlegung: 16 Reichssozialisten, 2 Vertreter der Sozialisten und je ein Demokrat, christlicher Gewerkschafter und Bauer; die Unabhängigen hatten zuletzt ausdrücklich ihren Verzicht auf Mitwirkung bei der Bildung des Zentralorgans erklärt.

Badische Nationalversammlung.

(Schlußbericht der Sitzung vom 15. April, den wir wegen Raum-mangel zurückstellen.)

Am Laufe der Sitzung ging ein Antrag Fischer-Lohr (Dsch. Natl.) um Freigabe des Tabaks unbefürmert um die Reichsbeschränkungen und eine Interpellation Martin (Str.) über die Parzellierung der Landesherrenschaften ein. Von den Abgeordneten für Reich (Soz.) u. Genossen ging folgender Antrag ein: Das Staatsministerium wird aufgefordert, unverzüglich einen

Beirat für die Textilindustrie

zu berufen, welcher aus Mitgliedern des Landtags, Vertretern der Textilindustrie und Vertretern der Arbeiterchaft besteht. Dieser Beirat hat die Aufgabe, sich mit der Beschaffung von Rohstoffen, mit ihrer Verteilung sowie mit der Wahrung der Interessen der badischen Textilindustrie zu befassen. Das Staatsministerium wird weiter aufgefordert, gemeinsam mit dem zu schaffenden Beirat mit allen Kräften dahin zu wirken, daß für Baden eine Landesstelle für Textilwirtschaft, besonders aber die für uns so dringende notwendige Zweigwirtschaftsstelle für Baumwolle errichtet wird.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdiskussion teilte Minister des Innern Kemmle mit, daß er im Sinne des Antrags in den nächsten Tagen tätig sein werde.

Abg. Kiehl (Soz.):

Die Frage ist für die Textilindustrie sehr dringend. Die badische Textilindustrie bemüht sich sehr um die Beschaffung der Rohstoffstelle. Wir können uns nicht gefallen lassen, daß uns diese Rohstoffstelle verjagt bleib. Es ist daher dringend notwendig, daß wir die Zweigwirtschaftsstelle erhalten. Die Arbeiterchaft und die Textilindustrie muß zur Selbsthilfe schreiten, wenn das Reich ihre Wünsche nicht erfüllt. Für diese Fragen hat das Haus nie Zeit.

Abg. Kiefer (Str.) schließt sich den Ausführungen des Vortragners an. Die Rohstofffrage darf keine Rolle spielen, wenn es sich um eine ganze Industrie handelt.

Abg. Schöfer (Str.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Kiehl, der behauptete, das Haus habe keine Zeit für diese Fragen. Wir lieben die Arbeiterchaft so sehr als Sie. Wir vertreten Baden gegenüber dem Reich als Herr Kiehl noch nicht in diesem Saale war.

Vom Regierungsvertreter wird bemerkt, daß der Antrag auf Errichtung einer Zweigwirtschaftsstelle von Berlin abgelehnt wurde, da die Sache zu kompliziert werde. Wir wenden uns gegen eine gemeinsame Zweigwirtschaftsstelle mit Württemberg. Den Beirat werden wir in den nächsten Tagen im gewöhnlichen Sinne schaffen.

Der Antrag Kiehl wird einstimmig angenommen. Abg. Kiehl (Soz.) stellt fest, daß er sich nicht gegen das Zentrum wenden wollte.

Abg. Schöfer (Str.) bemerkt, daß seine Fraktion der Ansicht war, daß sie gemeint war.

Abg. Wager (Dsch. Natl.) wendet sich dagegen, daß seine Interpellation über die

Verpflegungsverhältnisse in den Lazaretten

noch nicht behandelt wurde. Auf Vorschlag des Abg. Schöfer (Str.) wird die Interpellation noch in dieser Sitzung behandelt.

Abg. Wager (Dsch. Natl.) begründet folgende Interpellation: Ist der Regierung bekannt, daß neuerdings die Verpflegungsverhältnisse in den Lazaretten sich sehr verschlechtert haben? Was denkt die Regierung zur Besserung der Lage unserer in Lazaretten liegenden Kranken und verwundeten Krieger, die doch den Dank des Vaterlandes verdienen haben, zu tun?

Minister Kemmle:

Wir stehen mit dieser Frage vor einer ersten Situation. Die Interpellation kann sich nur zum Teil an die badische Regierung wenden, zum Teil muß sie sich an die Reichsbehörden wenden. Die Regierung ist in

erster Sorge

darüber, wie sie die Ernährungschwierigkeiten in den Lazaretten beheben kann. Nach einer Beratung des Kriegsministeriums erhalten Offiziere und Mannschaften in den Lazaretten die gleiche Verpflegung. Leider wird in den Lazaretten, besonders der Leichtkranen, nicht genügend Rücksicht auf die Lage genommen. Bisher war die Einhaltung der Saubere begl. Fleisch und Eier möglich, doch weiß man nicht, wie es weiter werden soll. Die Kranken

wie die weltlichen Könige eine Krone von Gold, dem Abgehehen des Mammons, aber dafür eine Krone von Dornen, das Dornen der höchsten Liebe. Voll Stolz rufen wir Sozialisten es in diese glaubens- und liebeleere Welt hinaus: wenn ihr es wissen wollt, dieser Jesus gehört zu uns und wir zu ihm. Der Gekreuzigte ist eben doch der heimliche König der Sozialdemokratie.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-Theater im Konzerthaus.

„Der arme Heinrich.“ Musikdrama von Hans Pfitzner. Das Werk eines Währigen! Wissen wir über den „Gensius“ des jungen Weingartner erfahren, so empfinden wir das Pfitzner Bewunderung; schon wenn wir rein von außen an das Werk herantreten. Wer aber diese Musik bis auf den Grund der Seele hat dringen lassen, der wird bekennen, daß hier ein Genie am Werke ist, der bis zu den letzten Tiefen vordringt, und der das in seiner Musik ausdrückt, was Richard Wagner in seiner Schrift „Oper und Drama“ bei der Besprechung des Orchesters und seines Sprachvermögens mit der „Kundgebung des Orchesters“ „Sprachlichen“ bezeichnet. In diesem, und nur in diesem Sinne kann man von einer „Abhängigkeit“ Pfitzners von Wagner reden oder von der Musik als „stark romantisch“ sprechen. Ja, Pfitzner greift sogar über Wagner hinaus in die Behandlung dessen, was die Kunst mit dem fächerlichen Wort „Leitmotiv“ bezeichnet. Dadurch wird aber die Musik nicht jedem zugänglich und der Genie dieses Kunstwerkes wird viel mehr als bei manchem andern Grund hat den mittelalterlichen Stoff in bedeutend besserer Weise gestaltet als Gerhard Hauptmann in seiner gleichnamigen Dichtung, die durch ihre Ausdeutung des sozialen Problems uns beinahe abspült. Und gerade, daß Grund sich solem ganz fernhält und vielmehr Schopenhauerische Mitleidlichkeit in sein Werk — das Ganze und schafft so ein Gefühl, das wirklich geeignet ist, den Refler der Pfitznerischen Musik zu fassen.

Die Karlsruher Bühne hat sich mit der bloßen Aufnahme dieses Werkes ein Verdienst erworben, das die sorgfältige Vorbereitung noch vergrößert. Freilich Coriolanus am Dirigentenpult bedeutet, daß alle Schönheiten einer Partitur reiflos dargeboten werden. Die spanische Aufnahme von Coriolanus ist mit telalterlichen Rahmen, Peter Du m a s baite mit diesem Verständnis dafür gesorgt. Von den Darstellern interesselte in erster

weiter der Sol...
erklärt.

Bestreuer der...
über

angend. Die...
aufgefordert.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):
Trotzdem uns...

Abg. Schöfer (Ztr.):
Es entspricht...

Abg. Götting (Dem.):
anerkennt, daß...

Nach einem kurzen...
auf Dienstag, 18. Mai...

Abg. Mager (D-Nat.):
der wünscht, daß...

Abg. Mager (D-Nat.):
der wünscht, daß...

Abg. Mager (D-Nat.):
der wünscht, daß...

konnten dagegen, nach den vorliegenden Mitteilungen, nicht die vorgeschriebene Milch erhalten. Nach einer Mitteilung des Notarstreuzes in Pforzheim erhielten die Lazarettinsassen das dreibierfache der Maturierung der Milchbewässerung. Die Regierung wird in einem Kundendienst erneut darauf hinweisen, daß die Kommunalverbände den Lazaretten gegenüber tun, was möglich ist. Die Milchversorgung läßt sich leider nicht besser bewerkstelligen. Auch die Fleischversorgung geht stetig zurück, jedoch die Lieferung von Gaisäuren nötig war. Die Verpflegungssätze betragen 4 M, dazu kommt die Wohnung, Familienunterstützung usw., so daß insgesamt etwa 8 M herauskommen. Leider zeigt sich, daß die Lazarettinsassen von Leuten, die sich überall bemühen, Schwierigkeiten zu schaffen, sehr argemachi werden. Die Regierung wird sich bemühen, die Forderungen soweit als möglich zu erfüllen, wenn wir auch nicht wissen, wie es werden soll.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):
Trotzdem uns gesagt wurde, daß auch die Lazarettinsassen aufgebracht werden, so möchte ich doch eine Lanze brechen für die armen Verwundeten in den Lazaretten. Gerade die Kreise, die früher immer von den selbsttragenden Soldaten reboten, haben jetzt nichts mehr für diese übrig. In den Lazaretten ist die Regelung noch genau so wie unter dem alten Regime. Vor allem fühlen sich die Lazarettinsassen zurückgesetzt gegenüber den Freiwilligen, die mit dem Geld um sich werfen, da sie zumeist unterbezahlt sind. Wegen dieser Bevorzugung der Freiwilligen liegen eine Reihe Resolutionen vor, so aus Heidelberg, Pforzheim und Schopfheim. Zumeist werden Tageszulagen und Verbesserung der Verpflegung verlangt. Vor allem soll von dem Wein, der heute auch an Zivilverwundete wird, den Lazarettinsassen etwas zugute kommen. Ferner wird Portofreiheit verlangt. Wir können mit all diesen Forderungen nicht erst auf Reich warten.

Abg. Schöfer (Ztr.):
Es entspricht nicht dem Sinn für die Lazarettinsassen, daß das deutsche Volk die Selbsttragenden vergesse. Wir hegen das Vertrauen, daß die Regierung ihre volle Schuldigkeit gegenüber den Lazarettinsassen tut. Dann aber kommt die unverantwortliche Behauptung, daß die Lazarettinsassen mißbraucht werden. Die Wünsche der Gerechtigkeit und der Dankbarkeit bestimmen uns, den Lazarettinsassen entgegenzukommen. Wir müssen konstatieren, daß immer noch Hunderte von Offizieren herumlaufen, trotzdem längst demobilisiert wurde. Hierdurch kann sehr viel Geld für die Lazarettinsassen gespart werden.
Minister Vermeide: Es ist leichter gesagt als getan, die Ausgaben des Reiches auf Landeskosten zu übernehmen. Wenn wir dann dem Haupte die Rechnung vorlegen werden, würde es anders sprechen. Für die Forderung der Freiheit, der Portofreiheit sollte man in Berlin genau so viel Verständnis haben als hier. Es ist richtig, daß in den Lazaretten und auch von anderen Soldaten viel über die Freiwilligenabteilungen gesprochen wird. Ich meine aber, Regierung und Parlament sollten nicht so von ihnen sprechen. Die Freiwilligenabteilungen haben uns schon über viele Schwierigkeiten weggeholfen. Wir sind von diesem Mißtrauen gegenüber den demobilisierten Soldaten erfüllt. Die Ursachen der Dissonanzen wollen wir beheben. Mit Hilfe von Lebensmitteln — gestern kam das erste Lebensmittelschiff in Mannheim an — wollen wir auch diese Wünsche zu erfüllen suchen.

Abg. Götting (Dem.):
anerkennt, daß es erste Pflicht des Deutschen Reiches ist, uns da entgegenzukommen. Ich sehe, daß man das er sie bestreben hat, den richtigen Weg zu finden. Bei den in der Schweiz internierten Offizieren ist man den aktiven Offizieren ganz anders entgegengekommen als den Reservistoffizieren. Hiergegen erhebe ich Protest und verlange, daß man danach in Berlin vorstellig werde.
Nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Mager (D-Nat.), der wünscht, daß der gute Wille der Regierung zur Tat werden möge, wird die Behandlung der Interpellation geschlossen.
Am 12 Uhr nachts verläßt sich, wie bereits mitgeteilt, das Haus auf Dienstag, 18. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Baden.

Die Volksabstimmung über die Verfassung.
Die Präsidenten-Kommission der Nationalversammlung hat die Volksabstimmung am Sonntag abgehalten. Die Frage der Gültigkeit der Verfassung wurde mit 21 244 Stimmen mit Ja, 4961 Stimmen mit Nein, 4961 Stimmen unguiltig. Zur Frage über die Geltung der Nationalversammlung wurden 387 331 Stimmen mit Ja und 21 278 Stimmen mit Nein abgegeben. Ungültig waren hier 4489 Stimmen.
Bei der Volksabstimmung im Kreise Mosbach haben sich die Bezirke Tauberbischofsheim und Wuden verhältnismäßig stark an der Stimmabgabe beteiligt. Dagegen haben im Bezirke Eberbach nicht einmal 30 v. H. der Wähler an der Volksabstimmung sich beteiligt. Noch geringer waren die Beteiligungszahlen in der Stadt Wehrheim, dort gingen nur 21 Proz. der Wähler an die Urne. In der Gemeinde Schwenigen betrug die Beteiligung kaum 20 Proz., in der Gemeinde Wöllingen nur 15 Proz. der Stimmberechtigten.

Eine amtliche Kontrolle der Kommunalverbände.
Verschiedene Klagen und Beschwerden haben das Ministerium des Innern veranlaßt, seit geraumer Zeit an eine systematische

Linie die auf Verpflegung gestützte Emma Hörn. Seit dem ersten Auftreten im „Nachfolger von Gernada“ hat die Stimme der Künstlerin an Kraft und Ausdruck in sehr erfreulicher Weise zugenommen. Daß die Natürlichkeit und Ungewöhnlichkeit der Tongebung beibehalten ist, zeigt, daß die Sopranistin neben großem Fleiß die so wichtige natürliche Veranlagung besitzt, die bei dieser Stimme so wohlwollend wirkt. Für bescheidenes und von tiefer Empfindung zeugendes Spiel machen es ohne weiteres verständlich, daß sie der Tonleiter als eine der besten Vertreterinnen dieser Rolle geschmeichelt. Josef Schöffels Gedicht ist eine besonders auch darstellerisch ausgereifte Leistung und er verhalf dem ersten Akt zu tiefer Wirkung, die durch die Erzählung des Dietrich von Mar Wäntner noch vergrößert wurde. Diesen Dietrich sollte Wäntner leben! Käthe Singers klugköpfiger Organ gab der Silbe Leben und Farbe, während der Wäntner von Hermann Eck recht eindringlich gestaltet wurde. — Jeweils klapteten Lüren. Ja, der arme Heinrich ist kein Operndrama! Doch das eigene Mitverleihen mit Stören anderer zu verbinden, ist zumindesten laßlos. Es fehlt eben gar zu oft der Ernst! Der überwältigende Eindruck des Werkes war aber deutlich zu spüren und kam in freudigem Dank zum Ausdruck.

Sirmer und seine Schule. Dr. W. J. Stord, Leiter der graphischen Sammlung in Mannheim, bereitet eine umfassende Arbeit über Sirmer und seine Schule vor, deren Ergebnisse auch in einer Ausstellung der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden sollen. Versüher von geeigneten Studien und Bildern werden um Angabe ihrer Adresse und nähere Mitteilung gebeten.

Literatur.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 7 des ersten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Sozialismus und Kommunismus. (Schluß) — Staatsgrenzen. Von Gg. Engelbert Groß. — Ein hübsch möbliertes... Von Fritz Müller. — Wehr und Waffen im Pflanzenstaat. Von Herrn. Kraft. (Mit Abbildungen) — Körperübungen und arbeitende Jugend. Von Wilhelm Dör. — Bücher für die Jugend. — Neue Jugend. Gedichte von Ludwig Reiser. — Aus der Jugendbewegung.

Nachprüfung und Kontrolle der Kommunalverbände durch geeignete Beamte und Sachverständige heranzutreten. Diese Untersuchungen haben, soweit sie bis jetzt durchgeführt sind, im allgemeinen gezeigt, daß bei den Kommunalverbänden mit reichlichem Bemühen und Eifer gearbeitet wird und daß nur in Ausnahmefällen Verzögerungen und Unordnungen durch Angehörige vorgekommen sind. Dagegen hat sich ergeben, daß die Wirksamkeit eines nicht unwesentlichen Teils der Kommunalverbände dadurch beeinträchtigt wird, daß ihr Geschäftsbetrieb nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet wird. Der im Laufe des Krieges eingetretene Mangel an geeignetem kaufmännischem Personal führte viele Kommunalverbände dazu, die erforderlichen Arbeiten schon vorhandenen Staats- und Gemeindebeamten zu übertragen. Das Ministerium des Innern hat jetzt aber, nachdem nun kaufmännische Kräfte in ausreichender Zahl wieder verfügbar sind, allen Kommunalverbänden die alsbaldige Beachtung der reichsgerichtlichen Bestimmungen, wonach jeder Kommunalverband eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle zu unterhalten hat, nahegelegt. Da auch einige Kommunalverbände ihre Bilanzen nicht veröffentlicht haben, so ist den betr. Verbänden die entsprechende Vorschrift in Erinnerung gebracht worden.

Württemberg-Baden. In der württembergischen Landesversammlung ist gestern der Abgeordnete Gauhmann (Deutschdem. Part.) bei der zweiten Beratung des Verfassungsentwurfes die Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden an. Er betonte, wenn eine Gelegenheit auf der anderen Seite vorhanden sei, so sei das württembergische Volk für eine Lösung dieser Frage bald zu erwärmen. Württemberg und Baden hätten die Frage nicht mit den Augen der Vergangenheit, sondern mit denen der Zukunft anzu sehen. Staatspräsident Los erwiderte, die Regierung habe die Vorgänge zwischen Baden und Württemberg mit großem Interesse beobachtet. Es befänden allerdings noch Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung habe sich nicht für beugigt gefühlt, der Bewegung vorzuziehen, sie wolle zuhören, bis die Bewegung in der beiderseitigen Bevölkerung sich ausgesprochen habe. Auch sie sei der Meinung, daß wirtschaftliche Vorteile mit der Vereinigung verbunden seien, und sie werde entsprechende Stellung nehmen, sobald die Möglichkeit dazu gegeben sei.

Sie mucken auf. Proteste gegen die badische Verfassung sind bei der Bad. Nationalversammlung eingegangen von dem Graflich Leininger-Wilhelmsheim und der Fürstlichen Leiningerischen Generalverwaltung Amstutz. Diese Proteste stellen sich auf den Standpunkt, daß die neue Verfassung der Rechtsgrundlage entbehre und einen Eingriff in wohlverordnete Rechte darstelle. Einen ähnlichen Protest hat bereits der Fürst von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg erlassen. — Wir meinen, wenn man einmal den Wert der Eigentums der fürstlichen Proteste näher nachprüfen würde, noch näher als schon allgemein bekannt ist, würden die wohlverordneten Rechte und die „Rechtsgrundlage“ der pp. Fürstlichkeiten sich alsbald als weit, weit unsicherer erweisen, als nach ihrer Ansicht die Rechtsgrundlage der neuen Verfassung.

Keine persönlichen Titel. In der „Karlsruh. Ztg.“ wird jetzt förmlich bekanntgegeben, daß nach einem Beschluß des Staatsministeriums keine persönlichen Titel mehr verliehen werden. Es ist aber eine Neuregelung der bisherigen Amtsbezeichnungen in Aussicht genommen, die sofort durchgeführt werden soll.

Vom Gewerbeaufsichtungsamt. Wie wir hören, soll Regierungsrat Rittmann als Nachfolger des Geh. Rat Fölsch als Direktor des Gewerbeaufsichtungsamtes in Aussicht genommen sein.

Die badischen Philologen. Am 25. bis 27. April findet hier die Jahresversammlung des badischen Philologenvereins statt. Zu den Verhandlungsgegenständen gehören die Einheitschule, die praktische Ausbildung der höheren Lehrerschaft, die Sternsätze, die Schulgemeinde und die Selbstverwaltung der Schüler.

Durlach, 16. April. In der Nacht zum Montag wurden der 2. Eskadron der Train-Abteilung 14 hier zwei Pferde aus dem Stalle gestohlen. — Einem Musiker wurde aus seiner Wohnung eine Geige im Werte von 3000 M. gestohlen.

Brudersal, 17. April. Hier ist ein Rodenfall vorgekommen. — In Forst ist der 66 Jahre alte Bürgermeister F. Wöber, der 25 Jahre an der Spitze der Gemeinde stand, gestorben.

Stuttgart, 17. April. Am der Durlacher Straße führt die Bad. Landwirtschaftskammer zurzeit eine zeitgemäße Landdrainage aus. Die Drainage selbst kommt in Dornsteden zu liegen. Mit der Ausführung ist auch ein praktischer Drainagekurs verbunden, so daß für Kulturarbeiter Gelegenheit geboten ist, das Drainieren gründlich zu erlernen. Eine Veranstaltung für Landwirte und sonstige Interessenten ist überflüssig lobenswert.

Gernsbach, 10. April. Man schreibt uns: Bezugnehmend auf den Artikel Ihres Blattes (in Nr. 71 vom 25. März), in welchem Beleidigungen Liebesknechts und Aloia Ruyensburg, vorgekommen auf einem Herkeshilf abgehaltenen Vergnügen, gerügt wurden, teilt Ihnen die Vereinigung der aktiven Unteroffiziere und Militär-Anwärter, Ortsgruppe Gernsbach, folgendes mit: Bei dem genannten Vergnügen handelte es sich um die Abfertigung der zum Freiwilligenregiment 40 gehörenden Militärkünstler. Die Angehörigen der Ortsgruppe wurden, bis auf wenige, als „Polizei Nicht-anrührige“ bezeichnet, nicht eingeladen. Die Offiziere dagegen wurden sämtlich gebeten. Die Vereinigung legt Wert darauf, zu betonen, daß sie an den Vorlesungen nicht beteiligt war, die mit Ihnen nur bedauern kann. Einen solchen Mangel an Takt und Verzeugsbildung hätten wir selbst von unreifen jungen Soldaten nicht erwartet.

Baden-Baden, 15. April. Aus einem hiesigen Hotel berichtet das „Badener Tagblatt“ ein heiteres Geschehen. Dort hatten zwei Fremdlinge in Erfahrung gebracht, daß Ganssburk bei Achern ein modernes Kanaan sei, in dem nach Milch und Honig flühe. Die Fremden ließen sich nun von Achern aus mit einem Wagen nach dem Gutsbesitzer fahren, auf dem noch allerdings fehlende Nahrungsmittel zu bekommen sein sollten. Entsch machte der Kutscher vor einem großen Gebäude halt. Die Fremden stiegen ab und wurden liebevoll, aber mit durchdringenden Blicken aufgenommen. Gütlichweise härtete sich die Sade, sonst hätte der eine von ihnen im nächsten Augenblicke eine Pfannschale angepöffen oder eine Kaliumperboratbechere bekommen. Denn sie waren von dem Kutscher in die — Seil- und Pflegeanstalt Illena u gefahren worden. Die beiden Fremden hatten nämlich am Bahnhof in Achern den Wagen verwechelt und der Kutscher hatte dann geglaubt, es handle sich um einen ihm angehängten Transport (Patient und Besieger), die er in die Heilanstalt bringen sollte. Wer den Schaden hatte, brauchte dann in üblicher Weise auch für den Spott nicht zu sorgen.

r. Kappelerbad, 11. April. Wohnungsnot und Schloßherren. Allüberall wird über Wohnungsnot und die dagegen zu treffenden Maßnahmen geklagt bzw. geschrieben. Unser Schloßherr, Gerichtsassessor Dr. Schliephage hat unter der Wohnungsmisere aber genug nicht zu leiden. Er bemüht sein herrliches Schloß, eine darunter gelegene Villa; er besitzt in dem nahegelegenen Gossbadwälden ein zurzeit von Bürgermeister Schwander aus Straßburg gepachtetes Gut und nun hat er noch das Archäologium Dreienbrunn für 103 000 M. käuflich erworben. Zum Heeresdienst fähig war unser Schloßherr, ein Jungegehe und passionierter Jagdmann, nicht. — — —

* **Heidelberg, 16. April.** Das hiesige Sanitätspersonal ist in den Streik eingetreten, weil die Verfügung, nach der die Friedensbesoldung wieder eingeführt wird, nicht widerrufen wurde. Auch aus anderen Städten des Reiches wird ähnliches gemeldet.

* **Mannheim, 16. April.** Auf dem Rheine geriet gestern infolge der Explosion des Benzintanks ein französisches Kanonenboot in Brand. Ein Mann wurde dabei getötet, mehrere verletzt.

* **Mannheim, 16. April.** Das erste Schiff mit ausländischem Speck für Baden ist hier eingetroffen.

* **Hodentheim, 17. April.** Gestern vormittag ist die Lokomotive des Städtgüterzuges 7018 bei der Einfahrt in den Bahnhof Hodentheim entgleist. Infolge dessen war der durchgehende Verkehr bis gegen 4 Uhr nachmittags gesperrt. Die durchgehenden Züge wurden über Heidelberg geleitet. Verletzt wurde niemand.

* **Mannheim, 18. April.** Die Polizei verhaftete drei Schreidegehilfen vom Lebensmittelamt wegen Entwendung von Lebensmittelmarken. — Zu der Verhaftung des Mörders Georgi wird noch berichtet, daß zwei hiesige Kriminalbeamte in Erfahrung gebracht hatten, der gesuchte Mörder arbeite auf einem Gut in der Nähe von Regensburg. Sie fuhren dort hin und fanden die ihnen genommene Mitteilung bestätigt. Den beiden Beamten fällt nun die Belohnung von 6000 M. zu.

* **Fornberg bei Trüben, 18. April.** Beim Langholzführen ist der verheiratete Holzarbeiter Franz Kapper tödlich verunglückt.

* **Stühlingen (Bez. Bodnord), 18. April.** Der Knecht Alois Mele spielte mit einer Patrone. Diese entlud sich und geriet ihm die rechte Hand. Außerdem erlitt der Unvorsichtige noch schwere Verletzungen im Gesicht.

Einreise nach Elsaß-Lothringen. Wie der Württembergische Kommandeur V der neutralen Zone mitteilt, erfolgt die Einreise von Zivilpersonen nach Elsaß-Lothringen nicht mehr über Appenweier nach Neul, sondern nach Nafst, wo sie sich bei der Bahnhofscommandantur zu melden haben und dem französischen Quarantänelager Rastatt zugeführt werden. Die Quarantäne dauert 15 Tage.

Verkehrsbeschränkungen. Die ungenügenden Kohlenzufuhren, die durch den Ausfall im Ruhrgebiet nun gänzlich ins Stocken geraten sind, haben dazu geführt, daß im Bereich der preuß.-schw. Staatseisenbahnen außer fast allen Schnellzügen auch eine große Anzahl Personenzüge ausfallen mußte. Auch bei den badischen Staatseisenbahnen muß infolge des bedrohlichen Rückganges der Kohlenbestände unter Umständen in der nächsten Zeit der Schnellzugsverkehr erheblich eingeschränkt werden. Auch ist es nicht möglich zur Bewältigung des Osterverkehrs, wie in früheren Jahren, besondere Vorkehrungen zu treffen. Weitere Züge, als im Fahrplan vorgesehen sind, können daher nicht geführt werden, insbesondere auch deshalb nicht, weil infolge der Abgabe einer großen Anzahl in bestem Zustand befindlicher Lokomotiven und Wagen an die Entente, die erforderlichen Fahrzeuge für Eisenbahnen fehlen. Deshalb ist es auch nicht möglich, die Schnell- und Personenzüge, die durch den schlechten Zustand der Lokomotiven ohnehin nicht voll ausgelastet werden können, ausgiebig zu verstärken. — Es ist aus diesen Gründen dringend erforderlich, daß anlässlich der bevorstehenden Osterferien alle nicht unbedingt notwendigen Reisen unterbleiben. Die Eisenbahnverwaltung kann weder eine Gewähr dafür übernehmen, daß alle Reisenden befördert werden, noch daß die fahrplanmäßigen Anstöße erreicht werden. Mit dem Zurückbleiben von Reisenden muß deshalb jederzeit in größerem Umfang gerechnet werden. Die bedrohliche Lage, in der sich die Eisenbahnverwaltung durch das Ausbleiben der Kohlenzufuhren befindet, zwingt nicht nur zur Einschränkung des Personen-, sondern auch des Güterverkehrs. Nicht dringliche Güter können bis auf weiteres nicht mehr befördert werden.

Gänse- und Ferkelwucher.
m. Gagsfeld, 15. April. Die Zeit, in der die jungen Gänseflücker auszubringen werden, ist wieder gekommen und schon kann man auch wieder die Bahnehmung machen, daß hier wieder Preise geboten und verlangt werden, die jeder Beidrehung spotten, denn wenn für ein Stück 30 M. bezahlt werden, das geht denn doch über die Hutiaur. Da muß man doch fragen, ist denn die Regierung gänzlich machtlos diesem Wucher gegenüber? Genau so verhält es sich mit den jungen Ferkeln. Hier kostet das Paar 400 M. und darüber; auch da ist man nicht imstande einmal einen Niegel vorzuschreiben. Daß bei diesen Wucherpreisen es der weniger bemittelten Bevölkerung unmöglich ist, für den kommenden Winter etwas aufzuziehen, wird nicht bestritten werden können. Man weiß nur immer auf die hohen Löhne der Arbeiter hin, und doch ist es keinem Arbeiter möglich, Wucherpreise zu bezahlen. Selbst wenn er 30 M. täglich verdient, ist es ihm unmöglich, auch nur das allernotwendigste zu kaufen, um seine Familie gesund und lebensfähig zu erhalten. Deshalb wäre es Sache der Regierung, hier einmal energisch zuzugreifen, ehe die hunger- und kochende Bevölkerung zur Selbsthilfe greift. Wenn die Regierung kein Mittel weiß, dem Wucher zu steuern, so möchten wir ihr raten, diese Wucherer, die dem Volke das Mark aus den Knochen ziehen, und die zum größten Teil faul sind an unsern heutigen Elend, daß man diese Schanden dem Volke zur Aburteilung gibt, da würden sie ihre verdiente Strafe schon erhalten.

Soziale Rundschau.
Der Wirtschaftsrat der militärischen Hilfsarbeiter hielt am Dienstagabend im Apollosaal in Karlsruhe eine Vollversammlung des Landesverbandes Baden ab, die sehr stark besucht war. Nach einleitenden Worten des Kollegen Lang berichtete Kollege Mappenecker über die Verhandlungen der Vertreter des Landesverbandes mit der badischen Volksregierung, die ihre volle Unterstützung aufzote und einen entsprechenden Bericht an das Reichswehrministerium in Berlin weiter zu leiten versprach. Sehr interessant waren die Ausführungen des Referenten über die Verhandlungen im Demobilisationsausschuß der Stadt Karlsruhe, in deren Verlauf sich die Mehrzahl der Arbeiter- und kaufmännischen Organisationen voll auf Seiten des Verbandes stellten und der Vertreter der Stadt Karlsruhe die nötigen Schritte beim Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation einzuleiten zusagte. Lebhaft bemängelt wurde, daß die zur Sitzung eingeladenen Offiziere nicht erschienen waren. Die anschließende Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft und anregend. Am Schlusse der Versammlung wurde für den insolge Kriegselend durch das Generalkommando ausstehenden 1. Vorstehenden des Landesverbandes Fritz Kollege Lang einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Sämtliche Ausführungen fanden lebhaften Beifall bei der Versammlung.

n. Ettlingen, 9. April. Aus dem Reserve-Lazarett wird uns geschrieben: In allen Aufrufen für die Freiwilligen-Truppen zum Grenzschutz liest man, welche Versprechungen den sich Meldenden gemacht werden; neben der Wohnung wird eine Tageszulage von 5 M. versprochen. Da müssen wir Kriegsinvaliden in den Lazaretten doch fragen: Sind wir keine Soldaten mehr? Hat man uns vergessen? Haben wir, die wir „fürs Vaterland“ zusammengehauen worden sind, nicht auch diese Zulagen verdient? Hat man für uns Krüppel nichts mehr übrig? Wir meinen, auch wir hätten den Dank des Vaterlandes verdient und nicht eine Behandlung, wie sie dem Mohren zuteil wurde, der seine Schuldigkeit getan hat. Vielleicht nimmt sich einer unserer Abgeordneten in der Nationalversammlung unser an?

Bekanntmachung.

Enteignung von Grundstücken auf Gemarkung Karlsruhe-Daglanden zur Erstellung des 5. Rheinhausenbeckens durch die Stadtgemeinde Karlsruhe betr.

Aufgrund des genehmigten Abtretungsverfahrens sind die nachgenannten Grundstückseigentümer verpflichtet, für die Zwecke des obigen Unternehmens die unten bezeichneten auf Gemarkung Karlsruhe-Daglanden gelegenen Grundstücke gegen vorgängige Entschädigung an die Stadtgemeinde Karlsruhe abzutreten und zwar:

D. Nr.	Ragerbuch Nr.	Der Grundstückseigentümer Name	Wohnort	Seivann	Kulturart	Flächenmaß im Ganzen qm	abzutreten sind qm
1	15947	Moos, Franz, Josef L., Ehelebensbeder's Witwe und Genossen	Karlsruhe-Daglanden	Ortsteil Vorwerkstr. 68	Sohralte Hausgarten	234,88	28
2	7572	Theiel, Heinrich, Schloßers Witwe		Neufeld	Ackerland	607	607
3	7575	Pferrer, Marius II., Maurer		Neufeld		84	884
4	7577	Kutterer, Daniel				888	888
5	7580	Ganz, Johannes IV., Maurers Ehefrau				464	464
6	7583	Pöhner Johann, Fabrikarbeiter				1026	1026
7	7584	Perfelle				460	460
8	7585	Moos, Bernhard, Tischlermeister				795	795
9	7587	Pöhner, Johann, Kohlenhauer				779	779
10	7589	Schwall, Theodor, Zimmermann		Neufeld		427	427
11	7593	Donnsmater, Leo I., Landwirt und Ehefrau				489	489
12	7603	Schwall, Valentin I., Maurer und Genossen				1121	1121
13	7606	Davids, Gebrüder	Karlsruhe			1201	1201
14	7607	Dieselben				1202	1202
15	7608	Wint, Valentin, Leo, Landwirt	Karlsruhe-Daglanden			1441	1441
16	7613	Wint, Gregor, Landwirt				887	887
17	7614	Vertich, Gregor, Maurer				879	879
18	7615	Wint, Gregor, Landwirt				529	67
19	7620	Wint, Bernhard, Landwirt				848	78
20	7622	Wint, Max II., Schriftfeger				858	608
21	7623	De, selbe				520	520
22	7624	Scheidt, Johann Friedrich, Radierer				842	88
23	7625	Brennberger, Anton, Maurers Ehefrau				867	601
24	7626	Meiser, Friedrich, Maurer				1726	1150
25	7627	Reiter, Benedikt, Maurer und Ehefrau				878	568
26	7629	Reber, Valentin VI., Tagelöhner und Ehefrau				857	562
27	7630	Ganz, Leopold, Bädermeisters Witwe				1727	1118
28	7631	Luis, Rital, Landwirts Ehefrau				1701	1044
29	7632	Schwall, Hieronymus, Metzger				1665	982
30	7635	Wed, Karl Friedrich, Witwe und Genossen				1078	1078
31	7636	Wipfler, Johanna und Genossen				1078	1078
32	7644	Faber, Gregor, Maurers Ehefrau				355	355
33	7653	Kosterer, Franz, Josef II., Maurer				287	287
34	7634	Schwall, Job., Baptist, Landwirts Ehefrau				720	68
35	7635	Kuhn, Helene				777	69
36	7637	Hauer, Hermann, Landwirt				585	58
37	7638	Perfelle				672	52
38	7639	Kober, Philipp, Landwirt und Genossen				777	71
39	7639	Moos, Jakob IV., Maurers Ehefrau				774	72
40	7691	Kober, Philipp, Landwirt				774	71
41	7696	Heil, Franz, Anton, Tagelöhners Ehefrau				761	73
42	7700	Pöhner, Johann, Karl, Georg, Kaufmann				1705	104
43	7701	Kober, Philipp, Landwirts Ehefrau				569	66
44	7702	Wagner, Johann, Kaufmann				531	56
45	7704	Höll, Andreas II., Maurer und Genossen				839	86
46	7705	Ganz, Johannes IV., Maurer				578	59
47	7707	Reber, Valentin VII., Landwirt und Ehefrau				572	60
48	7711	Reber, Moriz, Lehrers Ehefrau, Erben				491	85
49	7717a	Donnsmater, Leo, Landwirts Ehefrau				1062	81
50	7718	Dieselbe				1004	63
51	7783	Höll, Theresia	Hohfeld			601	91
52	7789	Kober, Stefan, Maurer				594	594
53	7773	Kornmann, Ludwig I., Buchbinders Witwe				636	636
54	7774	Schwall, Valentin, Maurer				500	500
55	7810	Moos, Anton, Maurers Ehefrau				329	329
56	7811	Faber, Karl, Metzger				635	635
57	7818	Reber, Valentin VII., Landwirt und Ehefrau				381	381
58	7821	Donnsmater, Leo I., Landwirt und Ehefrau				844	814

Nachdem das Entschädigungsverfahren für eröffnet erklärt wurde, wird Tagfahrt zur Verhandlung über die Entschädigung an:

Donnerstag, den 24. April 1919, vormittags 9 Uhr

Beginnend mit einer Besichtigung der Grundstücke und Fortsetzung der Verhandlungen sodann im Gemeindefaust in Karlsruhe-Daglanden — anderaumt. Als Vorsitzender werden beauftragt die Herren: Kreisrat Gucjel in Karlsruhe und Bürgermeister Herzog in Hochstetten.

Zu dieser Tagfahrt werden sämtliche Beteiligten, insbesondere auch etwaige Mieter und Pächter, letztere mit dem Auftrag, die Miet- und Pachtverträge vorzulegen mit dem Ansuchen, daß auch bei ihrem Ausbleiben die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden wird. Anträge auf Uebernahme des ganzen Grundstücks in den Fällen des § 11 oder des Eigentums in den Fällen des § 13 Absatz 2 und § 15 Absatz 2 oder auf

Entschädigung für die Aufhebung einer Grundbesitzarbeit in den Fällen des § 13 Absatz 3 des Enteignungsgesetzes sind spätestens in der Tagfahrt zu stellen. Nach dem Schlusse der Verhandlungen sind Anträge dieser Art nicht mehr zulässig.

Etwaige unbefannte Beteiligten werden hiermit aufgefordert, ihre auf die Entschädigung bezüglichen Ansprüche spätestens in der Tagfahrt zu stellen, wobei ebenfalls ihre Ansprüche in dem weiteren Verfahren keine Berücksichtigung finden und dem Unternehmer gegenüber ausgeschlossen werden.

Karlsruhe, den 14. April 1919.

Der Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden.

Dr. med. Otto Bloos, Arzt wohnt jetzt Friedenstr. 3. Sprechstunden: 1/9-1/10, 1-2, 5-6 Uhr. Fernruf 2368. 2715

Sozialdem. Partei Aue b. D.

Am Donnerstag, den 17. April, findet im Sternensaal ein öffentliche

Verbraucher-Versammlung

statt Tagesordnung:

1. Bericht über die Lebensmittelversorgung.
2. Zusammenfassung aller Verbraucher zur Geltendmachung ihrer Rechte.

Zu dieser Versammlung werden sämtliche Einwohner und Verbraucher, Männer und Frauen, eingeladen um gewichtiges Urteil abzugeben, ist es Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es ladet freundlich ein Der Vorstand.

Sozialdem. Verein Rastatt.

Samstag abend 8 Uhr im „Napfen“

Partei-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Aufstellung der Kandidatenliste für die Gemeindevahlen.
2. Organisation für den Wahltag.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Feuerbestattungs-Verein Durlach und Umgebung, E. V.

Am Samstag, den 19. April, abends 8 Uhr

General-Versammlung

statt. Tagesordnung:

1. Jahresbericht über die Vereinstätigkeit.
2. Bericht des Rechners.
3. Wahl der Vorstände.
4. Wünsche und Anträge.
5. Rechnungsablage der Bestattungskasse.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Der Vorsitzende: Dr. med. Helm. Meyer, prakt. Arzt. Herrn. Kaiser, Hauptlehrer, Schriftfeger.

Aufruf

an die Einwohnerschaft Karlsruhes.

Im Einvernehmen mit dem städt. Wohnungsamt richte ich an die Einwohnerschaft Karlsruhes die dringende Bitte, uns bei der Beschaffung von Wohnungen für unsere Gemeinkassen behütlich zu sein. Es handelt sich darum, daß Familien, welche eine größere Wohnung inne haben und in der Lage sind, einzeln: möbliertes Zimmer mit Verleumdung an Studierende zu vermieten, dies baldmöglichst dem städt. Wohnungsamt unter Angabe der Preise mitzuteilen. Da in Karlsruhe, infolge der sich stetig steigenden Wohnungsnot, eine umfangreiche Verteilung von Mietern in Aussicht steht, so würde durch eine freiwillige Abgabe entbehrlicher Räume nicht nur eine umfangreiche Befreiung derselben vermieden, sondern zugleich der studierenden Jugend der Feiernot ein nicht dankbar genug zu begründendes Entgegenkommen seitens der hiesigen Einwohnerschaft erwiesen werden. Handelt es sich doch in der Mehrzahl um Kriegsteilnehmer, die im Dienste des Vaterlandes ihre Studien haben unterbrechen müssen, und jetzt zum Teil vergebens nach einer Unterkunft suchen. Wir hoffen, daß dieser Aufruf nicht ungehört verhallt und biten baldmöglichst recht zahlreiche Anmeldungen unmittelbar an das Sekretariat der Lehn. Hochschule richten zu wollen.

Das akademische Wohnungsamt.

Dr. Hausrat, d. z. Rektor. 2724
H. v. Oedelhäuser, Professor.
H. Mayer, cand. arch., Vorsitzender des Studentenverbandes.



Karlsruhe

Ostermontag, 21. April, vormittags 11 Uhr, findet im Vereinslokal „Deutsches Licht“, Angartenstraße 60,

Frühshoppen

statt unter Mitwirkung des Gewerkschaftsorchesters sowie unter Beteiligung der Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereines einladen. Die Verwaltung.

Gesangverein „Badenia“ E. V.

Zu dem am

Ostermontag

stattfindenden

Familien-

Ausflug

in die Festhalle Durlach, mit ganz besonderem Program, laden wir die verehrlichen Mitglieder mit ihren Familienangehörigen herzlich ein. Anfang pünktlich 4 Uhr. Mitgliedsarten sind unbedingt vorzulegen. Für Nichtmitglieder 1 Mk. Eintritt.

Für den nach Ostern stattfindenden Tanzkurs liegt die Einrichtungsliste im Büfett des Vereinslokals an. Der Vorstand.

Levy, An- und Verkauf, Markgrafenstraße 22.

Haasen u. Ziegenfelle werden gekauft und gut bezahlt. D. Sonntag, Karlsruherstraße 19. Telefon 2161.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Das Büro bleibt am Karfreitag,

Karfreitag, sowie an den beiden Osterfeiertagen

geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Betriebene Esch-Lothringer!

Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Karlsruhe, des Volksbundes für die Esch-Lothringer im Reich, befindet sich von heute an

Kaiserstraße 157 IV.

Sprechstunden des Vorstandes: Nachmittags 2 1/2-4 Uhr.

Der Vorstand.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstrasse 34, 1. Trepp. Telefon 1846

Frühjahrs- und Seiden-Mäntel, Seiden- und Moire-Jacken, Jackenkleider, Röcke, Blusen, Seiden- und Voile-Kleider.

Billige Preise, Keine Ladenspesen.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2900

Geschirr-Reparaturanstalt

Karlsruhe, Körnerstr. 24, im Hof. Telefon 1421.

Gesucht

sofort für hier und auswärts gut empfohlene Köchinnen, Bekkchinnen, Zimmer- und Hausmädchen, Küchenmädchen, sowie Büffetfräulein.

Zeugnisse und Photos an: 1803

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe

Fachabteilung für das Hotel- u. Wirtschaftsgewerbe.

Jähringerstr. 98 (Erzgebirg). Fernspr. 4061.

Sonntags geöffnet von 10-12.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund!

Dem verehrten Publikum zur geistl. Kenntnis und Einladung zur heutigen Eröffnung des altbekanntesten, gut renommierten

Weinrestaurant Luisenstr. 14 früher Fränkle Südstadt

ff. Weine *** Zeitgemäße Küche *** Gutes Bier *** Kaffee *** Verschiedene Mineral-Quellen.

8874

Hachachtend J. Rau und Frau, früher Chabesofabrik, Kaiserstrasse 24.

Bayern

meldet Euch zum Eintritt in das bayer. Freikorps für den Grenzschutz Ost.

Bedingungen wie bei allen anderen Freikorps
 :: Eigenes Korpsabzeichen ::
 Fahrkarten zum Aufstellungsort:
 Ohrdruf i. Th. bei Gotha lösen.
Die Kosten werden ersetzt.
 Vom Reichswehrminister mit der Aufstellung und Führung des bayerischen Freikorps beauftragt.

Franz von Epp, Oberst. 2883

Städtische Sparkasse Karlsruhe.

Es werden darauf aufmerksam, daß die im März und April 1918 in den Ecken zur IV. Arienstraße angeordneten Peträge auf 1. April 1919 zur Rückzahlung fällig sind und bis längstens 1. Juli 1919 abgehoben oder auf Sparbuch übertritten werden müssen. Vom 1. Juli an hört die Verzinsung der Peträge auf.

Karlsruhe, den 15. April 1919. 2881
 Städt. Sparkassenamt.

Bekanntmachung.

Das neue Verordnungsjahr für Brennstoffe beginnt mit dem 1. Mai. Verfügungen werden bei der Ortshausstelle, Kaiserstraße 91, III., vom 15. bis 30. April, morgens 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr (ohne Pause) entgegen genommen.

Es ist zu melden:
 a) Ab- und Zugang im Personenstand des Haushaltes;
 b) Wohnungsänderungen;
 c) Veränderungen im Gewerbebetrieb.

Kerner ist der Austausch voll eingetragener Brennstoffarten vorzunehmen. Die Brennstoffarten, sowie Lebensmittelansätze sind in jeder Hinsicht mitzubringen.

Karlsruhe, den 14. April 1919.

Städtisches Kohlenamt Ortshausstelle.

Badisches Landestheater.

Evangelium vom 20. bis 28. April.

Im Rosenthal, Sonntag, 20. April, nachm. 2 Uhr (Sonderort). „Im weissen Röhl“ 2-4 (70 J. bis 80 J.) abends 7/7 (Sonderort). „Hoffmanns Erzählungen“ 6/6 bis 9/4. — Montag, 21. April, nachm. 2 (Sonderort). „Die fünf Frankfurter“ 2-4 (70 J. bis 80 J.) abends 7/7 (Sonderort). „Eine Nacht in Venedig“ 6/6-9/4. — Dienstag, 22. April, nachm. 2. „Der Revolutionär“ 7-10. — Donnerstag, 24. April, nachm. 2. „Ewigenweib“ 7-10. — Freitag, 25. April, nachm. 2. „Eine Nacht in Venedig“ 7-10. — Samstag, 26. April, nachm. 2. „Nacht und Tag“. Szenen aus der Tiefe in 4 Aufzügen von Maxim Gorki, Deutsch von Aug. Scholz 7-10. — Sonntag, 27. April, nachm. 2 (Sonderort). „Meine Frau, die Hofschaffmeisterin“ 2-4 (70 J. bis 80 J.) abends 7/7 (Sonderort). „Carmen“ 7/7-10. — Montag, 28. April, nachm. 2. „Die Götterkinder“ 8-10. — Dienstag, 29. April, nachm. 2. „Die Götterkinder“ 8-10. — Mittwoch, 30. April, nachm. 2. „Die Götterkinder“ 8-10. — Donnerstag, 1. Mai, nachm. 2. „Die Götterkinder“ 8-10. — Freitag, 2. Mai, nachm. 2. „Die Götterkinder“ 8-10. — Samstag, 3. Mai, nachm. 2. „Die Götterkinder“ 8-10. — Sonntag, 4. Mai, nachm. 2. „Die Götterkinder“ 8-10.

Bach-Verein E. V.

Eintrittskarten zu der am 17. April, abends 7 Uhr, in der Festhalle stattfindenden **General-Probe zur Matthäuspassion** sind zum Preise von 2 Mark — auch für Mitglieder — in der Musikalienhandlung Doert, sowie an der Abendkasse zu haben. 2831

Kasseneröffnung um 6 Uhr.

Sims- und Kachelformer

für dauernde, gutbezahlte Arbeit gesucht. 2887

C. G. Eiermann,
 Ofenfabrik, Lahr i. B.

Kopfschuppen

(Eckinnen). Herausfall befreit unter Garantie mein Kräuterwasser. N. 123. Anerkennung u. Dankschreiben. Drogenhaus 21422

D. Vocatus, Berlin N.
 Schönhauser Allee 132.

Mandolinen, Gitarren, Zithern

werden fortwährend angekauft in 2812

Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft,
 Kronenstr. 62. Tel. 3747.

Gelegenheitskauf.

Mehrere gebrauchte Weckeruhren, gute Fabrikate, sowie 1 Regulator, 14 Tage gehen, mit Garantie, billig zu verkaufen. 2879

Josef Hans, Uhrmacher,
 Rüppurrerstraße 20.

Ein sauberes, vollständig zu kaufen gesucht. 2877

Bett, Badstube, 49.
 Hinterhaus 4. Et. L. 2877

Gemeinnützige Baugenossenschaft Durlach (E. O. m. b. H.).

Die Zahlstelle unserer Genossenschaft ist die Volkshaus Durlach. Soweit die Mitgliederbeiträge nicht unmittelbar bei der Volkshaus Durlach einbezahlt werden, beirat ihren Einzug das Aufsichtsratsmitglied **Herr Wilhelm Gartner, Schlosser, Durlach, Adlerstraße 10.**

Zur Auskunftserteilung über die Fragen der Genossenschaft ist **Hr. Gemeinderat Friedr. Flohr, Schlosser, Durlach, Lammstraße 11,** bereit. 2883

Sauerkraut

Bis auf weiteres an Bestellungen von 9 bis 11 Uhr vormittags Kaiser-Allee 25, jedoch nur in Mengen von 50 Pfund und gegen Vorzahlung, erhältlich. Käufer sind zu bitten, kleine Mengen Sauerkraut werden in den städtischen Verkaufsstellen und auf den Märkten marktfrei abgegeben, zum Preise von 25 Pf. für das Pfd. 2812

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

75. Dankagung.

An Spenden für das Rote Kreuz sind aus der Stadt Karlsruhe bei unserer Kasseneröffnung in der Zeit vom 1. Februar bis 31. März 1919 weiter abgeholt worden von: Rechtsanwalt Dr. Jüriß (w. G.) 200 M., Frau E. (w. G.) 20, Waldanfall Jden (w. G.) 40, Anteil an den städt. Hausnummern 435,50, Anteil an Gehaltsabzug der Beamten und Lehrer (für Januar) 505,25, durch das Hauptpostamt, Erlös aus unbesetzten Feldpostpaketen 70, Ungenannt 5, Hauspostmeister Hooge (f. Januar und Februar) 10, durch das Landhaus Heinrich Müller von: Gesellschaft Varenzwinger (w. G.) 150; durch das Landhaus Strauß u. Co. von: Edmund Bernheimer 100, A. R. 2; Inhalt der Sammelbüchse im Notariat V bis VII 50,12; zusammen 1647,85 M.

Für alle Gaben herzlichen Dank! 2872

Kräftiger Hansbursche

womöglich im Verpachten von Möbeln beschäftigt, findet dauernde Beschäftigung.

Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik
 Kriegstraße 25. 2870

Die Nacktheit!

Kunstwerke. Feist für den Handel freigegeben. Sortiert 20 Stück, M. 3,50, 100 Stück, M. 12,50 franco, Nachnahme. Bei größeren Mengen erbitten Spezialpreise. Müller & Winter, Mt. E. 1, Leipzig, Lindenstr. 66. Ferner bieten an: 10 verschiedene Bildbücher, 2 mal beidseitig gemalt, M. 3,50, 100 Stück, M. 22,—, 500 Stück, M. 100,—, 1000 Stück, M. 190,—, fr. Nachn.

Möbelschreiner und Bildhauer

finden Beschäftigung bei 2871

Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik
 Kriegstraße 25.

Achtung!

Fliegerbeschädigte!

Ostermontag, 21. April, nachmittags 1/2 3 Uhr im „Gold Adler“, Karlsruhe

Versammlung

Tagesordnung:
 Bericht der Kommission.
 Zu dieser Versammlung sind alle Interessenten freundlichst eingeladen.
 Die Kommission:
 J. A. F. Bönel.

Auskunftserteilung in Demobilisationsfragen

Die Demobilisations-Auskunftstelle des Kriegsausschusses in Berlin ist mit Anfragen seitens des Publikums über Ersatztruppenteile, Demobilisationsorte und Demobilisationsangelegenheiten aller Art so überlastet, daß eine Beantwortung dieser Fragen nicht durchzuführen ist.

Das Generalkommando ersucht daher, alle betriebl. Anfragen in Demobilisationsangelegenheiten künftig nicht mehr an das Kriegsausschussministerium, sondern an das Generalkommando XIV. A. S. Auskunftsstelle in Durlach zu richten, dem die Erledigung obliegt. Wenn in einzelnen Fällen das Generalkommando auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials zur Auskunftserteilung nicht selbst imstande ist, wird es die Anfrage von sich aus an das Kriegsausschussministerium weiterleiten.

Inmittelbar an das Kriegsausschussministerium gerichtete Anfragen können auf Beantwortung nicht mehr rechnen.

Durlach, den 10. April 1919. 2882

Generalkommando XIV. A. S.
 Landesauskunftsbüro der Subalternen Baden, Stolzenburg.
 Von Seiten des Generalkommandos, Köhnenbach.

Ernst Behner Tapezier-Geschäft

Rüppurrerstraße 23.
 Empfiehlt sich im Tapezieren. Anfertigen und aufrichten von Polstermöbel, Vorhänge aufmachen, Polsterarbeiten reparieren, gut und billig. 1277

Bekanntmachung.

(Vom 31. März 1919.)
 Höchstpreise für Rind- und Kalbfleisch betr.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 14. März 1917, Höchstpreise für Rind- und Kalbfleisch betreffend (Staatsanzeiger Nr. 74), sowie von Ziffer 2 der Bekanntmachung vom 26. Juli 1917, Höchstpreise für Fleisch, Brust und sonstige Fleischwaren betreffend (Staatsanzeiger Nr. 203), wird auf Grund des Höchstpreiserlasses vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, 21. Januar 1915 und 23. März 1917 (Reichsgesetzblatt 1914 Seite 829, 613, 1915 Seite 25 und 1917 Seite 263), sowie auf Grund der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preistreibererei (Reichsgesetzblatt Seite 305) bestimmt:

- Die Stallpreise bei Rindern dürfen für einen zentner Lebensgewicht höchstens 120 M. betragen.
- Die Höchstpreise für Kalbfleisch bei der Abgabe an den Verbraucher dürfen für ein Pfund nicht übersteigen:
 - für alle Stücke mit Knochenbeigabe, welche einschließlich der eingemochenen Knochenstücke nicht mehr als 25 v. H. betragen darf, 2 M.
 - für Stücke ohne Knochenbeigabe 2,70 M.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis. 2884

Karlsruhe, den 8. April 1919. D. S. 133
 Bezirksamt.

Geld

auch größere Beträge verleiht 2818

Hd. Frisk, Hamburg 24.

Pfannkuch & Co

Spinat

in 2 Pfund-Dosen, Dose 4.25 M.
 erhältlich in unseren sämtlichen Verkaufsstellen.

Pfannkuch & Co

Die Bekämpfung der Maul- u. Klauenseuche betr.

Die Maul- und Klauenseuche in Rußland ist erloschen. Die angeordneten Sperremaßnahmen werden aufgehoben.

Karlsruhe, den 12. April 1919. 2885
 D. S. 138. Bezirksamt.

Pferde-Hände betr.
 Unter dem Verbestand des Gottlieb König VIII in Anleihen ist die Hände ausgebrochen.
 Karlsruhe, den 14. April 1919. 2886
 D. S. 140. Bezirksamt.

Pfannkuch & Co

Volkshandlung der sozialdem. Partei

befindet sich jetzt Adlerstraße 16

In meinem **Stadtlager, Rüppurrerstraße 8** ist von morgens 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis halb 6 Uhr Gelegenheit geboten sich mit 2705

Buchen- und Anfeuer-Holz

zu den festgesetzten Preisen einzubekommen.

Carl Zinkelstein

Holz- und Kohlenhandlung.
 Rüppurrerstr. 8. Telephon 5113.